



ARBEIT UND GESELLSCHAFT 4.0: MITBESTIMMEN, MITGESTALTEN!

**Frank Bsirske, Rede zur Konferenz von ver.di und HBS,
Berlin 17.10.2016**

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben es gehört, Prekarisierung im Zeichen plattformbasierter, global handelnder Intermediäre, Anfälligkeit für Cyberkriminalität, Arbeitsplatzverluste bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung, Fragen, wie Qualifizierungsbedarfe im Zeichen von Digitalisierung aufgenommen und wahrgenommen werden können, Transparenz und Kontrolle mit Daten als Herrschaftsinstrument. Alles Schlaglichter auf die digitalisierungsbedingten Probleme in der betrieblichen Praxis, alles Handlungsfelder gesellschaftlicher und politischer Gestaltung, alles Themen dieses Kongresses bzw. dieser Konferenz.

Wobei wir es schon fast als kleine Tradition bezeichnen dürfen, dass ver.di nun bereits zum drittenmal heute und morgen eine Konferenz zur Digitalisierung, eine zentrale Konferenz zur Digitalisierung veranstaltet und das erfreulicherweise gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung. Und auch ich darf euch ganz herzlich begrüßen und will mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Böckler-Stiftung für die sehr gute, für uns ausgesprochen hilfreiche Zusammenarbeit bedanken!

1.

Es hat sich viel getan seit unserer ersten Konferenz im Jahr 2014. Auch wir haben viel getan.

Wir – ver.di, auch die DGB-Gewerkschaften – sind weitergekommen in unserem Verständnis des digitalen Umbruchs, seiner Potenziale und seiner Risiken.

Wir haben gründlich analysiert, uns und anderen kritische Fragen gestellt, auch Antworten gefunden, haben Forderungen erhoben und Vorschläge gemacht – und all dies ver.di-seitig bei unserem Bundeskongress 2015 in einem Antrag zu „Guter Arbeit und Guten Dienstleistungen in der digitalen Welt“ auch programmatisch zusammengeführt.

Gemeinsam haben wir dazu beitragen können, das zunächst rein technikzentrierte und wirtschaftslastige Diskursfeld zu erweitern und das Thema „Arbeit“ auf diverse digitale Agenden zu setzen. Das Grünbuch „Arbeiten 4.0“ des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung ist ein Beleg dafür; wir

erwarten mittlerweile gespannt das noch für dieses Jahr angekündigte Folgedokument, ein Weißbuch mit konkreten arbeitspolitischen Konzepten, und haben unsere Erwartungen daran formuliert.

Auch wenn einiges dafür spricht, dass bislang erst der Anfang der digitalen Umwälzungen zu sehen war, so ist die Faszination des gänzlich Neuen und völlig Unbekannten doch mittlerweile verflogen. Die Digitalisierung – ebenso wie das Nachdenken und die Diskussion darüber – ist zur Normalität geworden, manchmal sind wir des Themas fast schon wieder überdrüssig und nicht selten laufen wir bereits Gefahr, uns im Klein-Klein zu verlieren.

Unsere Tagung heute und morgen bietet da eine, wie ich finde, sehr gute Möglichkeit, im Dickicht der ausufernden Debatte den Blick zu heben und die großen Linien, die zentralen Herausforderungen ins Auge zu fassen.

Es geht, darauf verweist das Motto unserer Konferenz, um nicht weniger als um die Qualität der künftigen Arbeitswelt, darum, wie sich Gesellschaft unter den Bedingungen der digitalen Umwälzung entwickeln kann. Es geht - neu-deutsch ausgedrückt - um „Arbeit und Gesellschaft 4.0“. Und an diesem Punkt erheben wir als Gewerkschaft entschieden den Anspruch, die digital geprägte Zukunft von Arbeit und Gesellschaft mitzubestimmen, mitzugestalten und sie eben nicht den wirtschaftlich Mächtigen zu überlassen oder angeblichen technischen Sachzwängen unterzuordnen.

2.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine unabdingbare Voraussetzung für Mitbestimmung und Mitgestaltung ist, dass Entscheidungsspielräume auch tatsächlich gegeben sind, dass eine demokratisch legitimierte Steuerbarkeit des Gemeinwesens auf allen Ebenen erhalten bleibt. Das ist zu Zeiten, die manche als „post-demokratisch“ bezeichnen, leider keine Selbstverständlichkeit: Nicht nur, Annette hatte darauf hingewiesen, am aktuellen Beispiel der Freihandelsabkommen lassen sich Indizien für eine zunehmende Selbstentmachtung der Politik ausmachen; auch im digitalen Kontext gibt es eine Tendenz zur Verflüchtigung von Verantwortung, hier im Wege der Delegation von Entscheidungen an Systeme sogenannter künstlicher Intelligenz.

Und das, was da passiert, ist wirklich absolut beachtlich und in keiner Weise zu unterschätzen. Jetzt hat ja ein Computer erstmalig den weltbesten Go-Spieler geschlagen. Ein Spiel, das erheblich komplexer ist als Schach und komplexer vor allem auch deswegen, weil die Go-Meister sagen, es käme entscheidend auf Intuition an. Wie kriegt man Intuition in den Computer? Und

wie kann es dazu kommen, dass bei einem so hochgradig intuitiven Spiel ein Computer den weltbesten Go-Spieler schlägt? Sie haben keine Regeln mehr eingegeben, sondern Millionen von Spielen, Spielverläufen und der Computer hat sich die Regeln anschließend selbst erschlossen und gelernt, wie man auf bestimmte Situationen, wenn man so will, intuitiv reagiert. Das war der Schlüssel.

Im Prospekt für diese Tagung lautet eine Frage, auch das war schon angesprochen: „Algorithmus oder Mensch. Wer bestimmt?“

Noch vor ein paar Jahren wäre vielen unter uns eine solche Frage wohl arg science-fiction-mäßig erschienen. Mittlerweile, da es sich einzubürgern scheint, dass Algorithmen die Inhalte der Nachrichten festlegen, die man via Facebook erhält, sie, die Algorithmen, über die Höhe von zu zahlenden Versicherungsprämien befinden und über die Chancen von Stellenbewerbern, ist das eine Frage von brisanter Aktualität geworden. Algorithmus oder Mensch, wer bestimmt?

Um dabei keinen Mythen aufzusitzen, sei klargestellt: Im ersten Schritt sind es stets Menschen, die – in aller Regel aus Gründen, die mit Kostensenkung und Profitsteigerung zu tun haben – zu dem Schluss kommen, Entscheidungen Algorithmen zu überlassen. Und die Entscheidungen solcher Algorithmen basieren wiederum auf nichts anderem als auf den Interessen, Vorurteilen, Maßstäben, Vorgaben derer, die sie programmieren oder in Auftrag geben. Gleichwohl gelten algorithmenbasierte Urteile und Befunde manchen als rational, objektiv und unanfechtbar. Diesen Glauben gilt es zu entzaubern!

Es braucht so etwas wie eine digitale Bildungsoffensive, damit jede und jeder ein Grundverständnis der Gesetzmäßigkeiten bekommen kann, nach denen Algorithmen funktionieren. Nicht alle Menschen müssen zu programmierenden Nerds werden, aber wahrscheinlich werden wir kaum umhinkönnen, uns bereits in der Grundschule ansatzweise mit der Sprache des Digitalen vertraut zu machen, dieser neuen Lingua Franca. Es geht dabei auch darum, Digitalisierung als gesellschaftlichen Prozess begreifbar zu machen, also nicht nur zu verstehen, wie man Software bedient, sondern auch wie sie funktioniert und was das für unsere Kommunikation, Orientierung und Selbstbestimmung bedeutet – es geht um „Erziehung zur digitalen Mündigkeit“.

Wir hören aus Ländern, die zu den fortgeschrittensten in der Welt beim Thema Digitalisierung gehören - das sind fünf: Israel, die USA, Großbritannien, Neuseeland und Estland. Mindestens drei davon sind vor allen Dingen rüstungswirtschaftlich getrieben. - Dass zum Beispiel in Großbritannien mittlerweile zwischen dem fünften und sechzehnten Lebensjahr in der Schule Programmierunterricht zur Verpflichtung gehört. Was natürlich auf der anderen Seite dann erforderlich macht, darüber nachzudenken, worauf im Bildungs-

kontext dann verzichtet werden kann. Wir hören, dass in Großbritannien vorgegeben ist, dass bei einschlägigen öffentlichen Aufträgen dreißig Prozent an Start ups gehen müssen. Davon sind wir in der Bundesrepublik weit entfernt, obwohl die Frage, wie man Start ups fördern kann, und wie man dazu kommen kann, dass Plattformen nicht nur in den USA und in Asien entstehen, so dass man anschließend auf Zulieferer-Status für die Plattformen reduziert wird mit 30 Prozent Margenverlust, für Europa keine x-beliebige Frage ist, sondern durchaus eine, die für die Entwicklung und den Erhalt der Wirtschaftsstandorte von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Was kann und muss man tun, um da einer Zweiteilung in Plattformen und Zulieferer für die Plattformen, bei der dann Europa das Nachsehen hat, entgegen zu wirken.

Das sind Fragen, denen wir uns meines Erachtens auch gewerkschaftlich stellen müssen. Wir können uns nicht darauf beschränken nachzuregulieren, wenn man so will. Vieles, was gegenwärtig läuft, ist Nachregulierung. Aber nach diesem Ausflug zurück zur Erziehung zur digitalen Mündigkeit.

In der Tat müssen wir uns zur Wehr setzen gegen den stärker werdenden Trend hin zur „organisierten und entmündigenden Verantwortungslosigkeit“, den Frank Schirrmacher bereits frühzeitig ausgemacht und kritisiert hatte. Nur solche Systeme sollten – so Schirrmachers Forderung – Akzeptanz finden, „an deren entscheidender Stelle ein identifizierbarer und verantwortlicher Mensch sitzt“.¹ In jedem Fall müssen die Kriterien offenliegen, nach denen die Programmierung algorithmischer Entscheidungen erfolgt. Nur dann lässt sich die demokratische Steuerbarkeit unseres Gemeinwesens sicherstellen – und damit eine erste Voraussetzung, „Arbeit und Gesellschaft 4.0“ tatsächlich mitbestimmen, mitgestalten zu können.

Dazu braucht es aber mindestens noch ein Weiteres: Eine Vorstellung davon nämlich, wie eine künftige Gesellschaft aussehen soll – und wie nicht. Und es bedarf der Klarheit, wo und wie sich die Digitalisierung tatsächlich als Hebel für humanen Fortschritt einsetzen lässt – und wo und wie sie zu dessen Gegenteil instrumentalisiert werden kann. Technik, das bleibt unsere Grundüberzeugung, eröffnet und erweitert menschliche, soziale sowie ökonomische Möglichkeitsräume. Sie schafft Optionen, die zum Guten wie zum Schlechten genutzt werden können.

„Die Frage, so hat es der Bonner Philosophieprofessor Markus Gabriel in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung formuliert, die Frage klingt heute vielleicht banal, sie ist aber nicht weniger wichtig geworden: Welcher

¹ Frank Schirrmacher: Das Armband der Neelie Kroes. In: ders. (Hrsg.) Technologischer Totalitarismus, Berlin 2015, S. 68 (ursprünglich FAZ vom 03.03.2014; www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ueberwachung/frank-schirrmacher-12826199.html)

Fortschritt dient der Menschheit und welcher nicht?“² Genau diese Frage wird allerdings viel zu selten gestellt. Stattdessen ist der politische, ökonomische und mediale Diskurs über das Digitale häufig gekennzeichnet durch eine Mischung aus irrationalem Überschwang und hektischer Betriebsamkeit. Noch immer scheint manchen die einst von Mark Zuckerberg ausgegebene Parole „Move fast and break things“ als kluge Maxime zu gelten, welche da lautet: „Move fast and break things!“ – bewege Dich schnell voran und mache Dinge kaputt.

Soll sich darauf, so ist zu fragen, unser Leitbild von digitalem Fortschritt gründen?

Wie könnte denn ein konsensfähiges Leitbild aussehen, welche Kriterien legen eigentlich wir an eine Gesellschaft 4.0 an?

Sie sollte, da dürften wir uns ziemlich einig sein, auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und umfassender Beteiligung der Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen beruhen – und das nicht nur in der politischen Sphäre, sondern auch in der Wirtschaft. Sie sollte gerechter und egalitärer sein als die heutige, es hat fair und solidarisch zuzugehen, Armut, Ausbeutung und Diskriminierung dürfen in ihr keinen Platz haben und sie sollte so ausgestattet sein, dass gute Arbeit ermöglicht wird. So, wie wir sie in der ver.di-Grundsatzerklärung beschrieben haben, wo es heißt: „Eine Arbeit, die Menschen ausfüllt, die sie fordert, die ihrer Tätigkeit einen Sinn gibt“, in der sie „Anerkennung, Wertschätzung und Respekt“ erfahren, und „ernst genommen, informiert, an Planungen und Entscheidungen beteiligt werden“, eine Arbeit, die die „Gesundheit [fördert] und die Persönlichkeitsrechte [wahrt]“, „gut entgolten“ wird und „umfassende Teilhabe ermöglichen“ soll.

3.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist an der Zeit die Frage aufzuwerfen, ob uns die Digitalisierung bislang einer „Arbeit und Gesellschaft 4.0“ im so beschriebenen Sinn näher gebracht hat? Oder präziser: Ob der digital geprägte Kapitalismus unserer Tage ein besserer ist, freier, fairer, gerechter, inklusiver, solidarischer, ob er gute Arbeit für mehr Menschen bietet?

Gibt es hinter all dem Hype reale Indizien dafür, dass wir uns tatsächlich auf eine neue, historische Wohlfahrtskonstellation zubewegen, heraus aus der

² Markus Gabriel: Der Geist der Maschine. Interview mit Johan Schloemann.
In: SZ vom 03.03.2016

negativen Dynamik einer „Abstiegsgesellschaft“, um einen zeitdiagnostischen Begriff des Soziologen Oliver Nachtwey heranzuziehen?³

Nun, gemessen an den genannten positiven Zielsetzungen und unseren Bewertungsmaßstäben für eine bessere Gesellschaft ist die Digitalisierung bislang erkennbar unter ihren Möglichkeiten geblieben. Keine Frage: Die Anwendung digitaler Technik hat unseren Alltag und unsere Arbeit gründlich verändert, hat in der Wirtschaft viele Geschäftsmodelle im Zuckerbergschen Sinne kaputt und neue möglich gemacht, hat manches bequemer und einfacher werden lassen, wenn wir allein an das Smartphone und die Fülle der Apps denken, die wir nicht mehr missen wollen.

Aber sind wir, unsere Maßstäbe von „Arbeit und Gesellschaft 4.0“ zugrundegelegt, denn wirklich im Ganzen weiter gekommen? Ich habe nicht den Eindruck, dass das der Fall ist. Es ist längst nicht hinreichend gelungen, den digitalen Innovationsschub in substanziellen, sozialen und demokratischen Fortschritt zugunsten der Mehrheit der Menschen umzumünzen. Kritische Beobachter kommen im Gegenteil zu dem Schluss, dass der Kapitalismus digitaler Prägung „räuberischer, desintegrativer, zerstörerischer denn je“⁴ sei, so die Einschätzung des Sozialpsychologen Harald Welzer, der gar Anzeichen einer „smarten Diktatur“ ausmacht. Selbst wenn man ihm in dieser zugespitzten Diagnose nicht folgen will, müssen uns einige mit der fortschreitenden Digitalisierung einhergehende Tendenzen doch beunruhigen, manche sogar alarmieren und ein paar Stichpunkte sind ja aus der betrieblichen Praxis kommend auch bereits angesprochen worden:

Vieles von dem, was bislang an Erwerbstätigkeit auf digitalen Plattformen à la Uber zu sehen gewesen ist, hat nichts mit guter Arbeit zu tun, sondern erinnert mehr an eine „Dumpinghölle“, wie das der Journalist und Blogger Sascha Lobo genannt hat.⁵ In ihrer Konsequenz laufen die meisten Spielarten der sogenannten „Gig-Economy“ auf eine erbarmungslose Konkurrenz in der um Aufträge kämpfenden Crowd und auf eine komplette Entsicherung von Arbeit hinaus, darauf, aus möglichst vielen Menschen prekäre Unternehmer ihrer selbst zu machen. Hinzu kommt, dass der expandierende Plattformkapitalismus immer mehr althergebrachte soziale Praktiken des Teilens und Helfens kolonisiert, kommerzialisiert und zur Ware macht. Gesicherte und auskömmliche Beschäftigung entsteht auf diesem Wege für viele bislang jedenfalls nicht. Das ist nicht der Fortschritt, den wir wollen!

³ Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016

⁴ Harald Welzer: Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit, Frankfurt a. M. 2016, S. 17

⁵ Sascha Lobo, Sascha: Auf dem Weg in die Dumpinghölle. In: Spiegel-Online vom 03.09.2014 (www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/sascha-lobo-sharing-economy-wie-bei-uber-ist-plattform-kapitalismus-a-989584.html)

Gleiches gilt auch für das zunehmend lückenlose Kontrollregime, das bereits in Teilen der digitalen Arbeitswelt Einzug gehalten hat. Von unseren Kolleginnen und Kollegen bei Amazon wissen wir, welche Einschränkungen der Freiheit das dort gebräuchliche Überwachungsregime mit Inaktivitätsprotokollen mit sich bringt. Ich erinnere mich an eine Betriebsversammlung bei Amazon in Leipzig, wo ein Kollege auf mich zu kommt und mir eine Abmahnung zeigt, wegen zweimaliger Inaktivität innerhalb von fünf Minuten. Eine Kündigungsandrohung wegen zweimaliger Inaktivität innerhalb von fünf Minuten! Der sollte laufen, nicht stehen!

Generell ist die Tendenz zu konstatieren, dass „[d]er Schutz der Privatsphäre [...] insbesondere am Arbeitsplatz überproportional schnell verloren zu gehen [scheint].“⁶ So der Schluss, zu dem das Institut für Innovation und Technik in einer Analyse für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gelangt.

Aber nicht nur in der Arbeitswelt, sondern weit darüber hinaus ermöglicht eine Zug um Zug perfekter werdende digitale Maschinerie die permanente Überwachung und Durchleuchtung von Menschen in allen Lebenslagen. Auch das klang bereits an.

Um zu begreifen, welche freiheitsgefährdenden Wirkungen dies nach sich ziehen kann, reicht es im Grunde schon, sich einen entlarvenden Satz von Eric Schmidt zu vergegenwärtigen, dem Chairman der Google-Holding Alphabet. Er sagte: „Wenn man nicht will, dass bestimmte Handlungen negativ in der Öffentlichkeit präsentiert werden, dann sollte man sich überlegen, diese Handlungen erst gar nicht zu vollziehen.“⁷ Das klingt ein bisschen nach kategorischem Imperativ. Und, na ja, da würde man sagen, das ist ja gar nicht verkehrt. es ist aber auch lesbar - und in diesem Kontext wohl auch thematisiert von Schmidt: als Vision einer lückenlosen Totalüberwachung, einer Welt, wo über alles Mögliche Transparenz herstellbar ist, wo Menschen alles, was jemand irgendwo irgendwann tut oder getan hat, theoretisch der ganzen Welt mitteilen können und damit eine Situation erzeugt werden kann, die zu einem totalen Anpassungszwang führt und Duckmäusertum befördert, was in einer Welt mit knallharten Interessengegensätzen und Machtunterschieden brandgefährlich ist. So, denke ich, stellen wir uns „Gesellschaft 4.0“ ganz bestimmt nicht vor!

Und was passiert im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

⁶ Wenke Apt / Marc Bovenschulte / Ernst Hartmann / Steffen Wischmann: Foresight-Studie „Digitale Arbeitswelt“ für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2016, S. 48

⁷ Zitiert nach Harald Welzer: Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit, Frankfurt a. M. 2016, S. 56

Befördert die Digitalisierung in ihrer derzeitigen Ausgestaltung den gesellschaftlichen Zusammenhalt eigentlich? Nun, das Gegenteil ist zumindest dort der Fall, wo die ungeheuren Datenberge, die nun über den Einzelnen verfügbar werden, das ermöglichen, was der Journalist Christoph Kucklick eine „Explosion der Unterschiede“ nennt. Auf einer vermeintlich objektiven Datenbasis werden Menschen – ich zitiere – „neuen Bewertungsmaßstäben unterzogen, die exakter und unerbittlicher sind denn je. Mit mathematischer Präzision wird ermittelt, wie nützlich wir sind, wie sehr wir den Erfolg eines Unternehmens befördern und worin genau unser Beitrag zur Produktivität besteht.“ In einer so verdateten Welt wird, so Kucklick weiter „jede Äußerung, jede Handlung auf ihren ökonomischen Wert untersucht [...] Je genauer wir messen, desto ausgeprägter wird die Ungleichheit.“⁸

Ihren unguuten Niederschlag findet diese Tendenz dort, wo bislang auf dem Solidarprinzip basierende Versicherungen nun Tarife nach individuellen Daten ihrer Kunden personalisieren und digital dokumentiertes Wohlergehen prämiieren. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis nicht mehr nur besonders folgsame Versicherte belohnt, sondern auch diejenigen schlechter gestellt werden, die vorgegebenen Normen nicht entsprechen wollen oder können oder – selbst wenn sie 10.000 Schritte am Tag gehen – derlei Daten zwar für sich selbst nutzen, aber schlicht nicht offenlegen möchten. Werden die digitalen Optionen auf solche Art und Weise dazu genutzt, die Solidarität zu unterhöheln und die Gesellschaft zu spalten, ja zu atomisieren, dann trägt dies beileibe nicht zu dem bei, was wir unter humanem Fortschritt verstehen!

Und wie steht es – ein letzter Punkt in dieser kritischen Zwischenbilanz – bis dato um die Wirkungen des digitalen Umbruchs auf die Demokratie? Auf der einen Seite eröffnen sich hier große Chancen der unmittelbaren Beteiligung an Kampagnen, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in Politik und Gesellschaft. Chancen, die der demokratischen Qualität unseres Gemeinwesens höchst zuträglich sein können. Zugleich aber beobachten wir eine extreme Machtzusammenballung bei digitalen Giganten vom Schlage Alphabet-Google, Facebook und Amazon. Eine Machtzusammenballung, die nicht nur auf den immensen Massen an Kapital beruht, sondern auch – und das ist historisch neu – auf der Unmenge an Daten, über die diese Konzerne verfügen und die sie kapitalisieren und nutzen.

Radikales Gewinnstreben paart sich bei vielen Silicon-Valley-Größen mit einem, wie soll man sagen, missionarischen Drang, die Welt nach eigenem Gusto umzugestalten und das Leben der Menschen mit technischen Mitteln zu „verschönern“ (was immer das dann auch heißen soll). Staat, Politik und

⁸ Christoph Kucklick (2014): Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst, Berlin 2014, S. 14, S. 26, S. 32

Demokratie gelten ihnen als eher hinderlich und hoffnungslos veraltet, weshalb sie auch wenige bis keine Steuern zahlen, vorzugsweise im Ausland. Die steigende informationelle und Kapitalmacht der Silicon-Valley-Riesen, ebenso die anmaßende Selbstüberschätzung und der elitäre Sozialdarwinismus, den einige ihrer Vertreter an den Tag legen, müssen demokratische Gegenkräfte auf den Plan rufen.

Der Journalist Armin Mahler hat genau dazu neulich aufgerufen – ich zitiere: „Wie bei jeder Revolution herrscht am Anfang das Recht des Stärkeren. So war es in den Frühzeiten der Industrialisierung, als die amerikanischen Stahl- und Ölbarone zu unvorstellbarem Reichtum kamen. Erst im Lauf der Zeit gelang es dem Staat, ich würde an dieser Stelle hinzufügen: der Arbeiterbewegung, diesen Kapitalismus etwas zu bändigen. Jetzt ist es wieder an der Zeit für eine Bändigung, auch wenn das Gegenüber noch so mächtig erscheint und die Politik wie ein lahmer Krieger wirkt.“⁹ Zitat Ende. „Jetzt ist es wieder an der Zeit für eine Bändigung.“ - Ich denke, diesem Appell ist uneingeschränkt zuzustimmen! Die Entscheidung der EU-Kommission, dass Irland 13 Milliarden Euro an Steuern von Apple zurückzufordern hat, ist ein richtiger Schritt dazu – und weitere müssen folgen.

4.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Kapitalismus digitaler Prägung, wie wir ihn bislang kennengelernt haben, ist ein in vielfacher Hinsicht zwar anderer, aber beileibe kein besserer Kapitalismus, er weist sogar höchst bedenkliche, zum Teil gefährliche Entwicklungstendenzen auf. Dies kritisch zu konstatieren darf uns jedoch nicht dazu veranlassen, nun die Chancen dieses technischen Umbruchs in Bausch und Bogen als überschätzt oder gar prinzipiell fragwürdig abzutun und allein die Gefahren und Abgründe zu sehen. Das wäre grundfalsch.

Denn es ist doch zugleich unstrittig – und wir haben das im Beschluss unseres Bundeskongresses auch ausführlich beschrieben –, dass „die Digitalisierung neue Welten eröffnet“, dass „viele Menschen soziale Netzwerke nutzen, um Kontakt mit Menschen auf der ganzen Welt zu halten oder zu finden“, dass sich „Chancen neuer politischer Beteiligungsformen und Chancen auch für soziale Bewegungen eröffnen“, dass „Online-Enzyklopädien das Beteiligungspotenzial digitaler Technologien mit Blick auf Wissen und Informatio-

⁹ Armin Mahler: Zeit für eine Bändigung. In: Der Spiegel Nr. 36 vom 3.9.2016, S. 6

nen aufzeigen“, dass „Navigationssysteme und Universalübersetzer den Alltag erleichtern“, dass „medizinische Diagnosen mithilfe von ‚Big Data‘-Technologien verbessert, Krankheitsfolgen mithilfe von Fortschritten in der Robotik gelindert werden können“ und dass digitale Technik „für viele Beschäftigte die Möglichkeit eröffnet, über den Zeitpunkt und vor allem über den Ort ihrer Arbeit selbst entscheiden zu können.“

Es sind genau diese und weitere Potenziale der Digitalisierung, die es stärker noch als bisher für demokratische und soziale Innovationen zum Wohl der Allgemeinheit auszuschöpfen gilt, für eine „Gesellschaft 4.0“, die nicht nur anders, sondern tatsächlich besser ist als unsere jetzige. Solcher Fortschritt ist möglich, aber um ihn real werden zu lassen, bedarf die Digitalisierung, wenn man so will, eines Relaunch. Sie verdient ein anderes, ein soziales Betriebssystem!

Lasst mich dazu einige Gedanken beisteuern, die über das hinausgehen, was wir in Sachen Digitalisierung bisher an Vorschlägen und Forderungen zu den Schwerpunkten Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung formuliert haben:

Ich plädiere erstens dafür, über eine Renaissance gemeinwohlorientierter Modelle und Infrastrukturen unter digitalen Vorzeichen nachzudenken: Warum sollte denn nicht in großem Stil versucht werden, all die Netze, Sensoren, Datenbanken und Algorithmen zu nutzen, um öffentliche Dienstleistungen zu erweitern und zu verbessern? Wir ärgern uns über die Macht von Facebook, aber unsere politischen Repräsentanten tun zu wenig, um nicht-profitorientierte Kommunikationskanäle und Tools zu fördern, die vorbildlich in puncto Persönlichkeitsschutz sind, deren zentrale Zielsetzung eben nicht in der Anhäufung von Daten zu Profit- und Kontrollzwecken liegt.

Zum zweiten müssen wir uns fragen, ob nicht die alte Idee der Arbeiterbewegung vom solidarischen Teilen in der digitalen Ära gänzlich neue und auch immense Schubkraft gewinnen kann. Sie darf dazu aber nicht länger von den, wie soll ich jetzt sagen, Bannerträgern einer rein gewinnorientierten Sharing Economy besetzt werden und denen überlassen bleiben. Vielmehr gilt es, Sharing-Plattformen zu fördern, die diesen Namen auch tatsächlich verdienen und geeignet sind, bislang vornehmlich auf Ausbeutung basierende Profite in gesellschaftliche Wohlfahrtsgewinne umzumünzen. Warum betreiben Kommunen eigentlich nicht selbst Plattformen zur Vermittlung von Wohnraum, von Fahrgelegenheiten, zur gemeinsamen Nutzung von Ressourcen aller Art? Die südkoreanische Hauptstadt Seoul hat sich das Ziel gesetzt, zur „Sharing City“ zu werden. Dort wurde Uber kurzerhand verboten und eine städtische Taxi-App eingeführt. Warum sollte Vergleichbares hierzulande nicht auch funktionieren – ob durch eigene kommunale Angebote,

oder auf dem Weg der Unterstützung entsprechender genossenschaftlicher Initiativen?

Und ich halte es zum dritten für dringend geboten, auch dieser Aspekt hat schon mal eine Rolle gespielt in unseren Diskussionen auch auf unseren Konferenzen, einen großen gesellschaftlichen und politischen Verständigungsprozess auf eine Charta digitaler Grundrechte in Gang zu bringen. Martin Schulz¹⁰ hat diesen Gedanken unlängst aufgegriffen und Heiko Maas hat ihn in einer ersten Skizze konkretisiert. Darin finden sich u.a. die folgenden Normen:

„Jeder Mensch hat das Recht auf Zugang zum Internet.“

„Jeder Mensch hat das Recht, über seine digitale Identität selbst zu bestimmen.“

Und: „Jeder Mensch hat ein Recht darauf, dass seine Arbeit angemessen bezahlt wird, wenn er Dienstleistungen im Internet erbringt oder sie über das Internet vermittelt.“

Ich bin mir sicher, dass uns bereits die zwangsläufig kontroversen Diskussions- und Aushandlungsprozesse hin zu einer solchen Charta auf dem Weg zu einer besseren „Gesellschaft 4.0“ voranbringen würden. Ich hätte nichts dagegen, auch das auf die Agenda des Bundestagswahlkampfes zu setzen.

5.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich den Kreis schließen: Unsere Konferenz steht unter dem Motto „Mitbestimmen! Mitgestalten!“ Das ist in der Tat die Kernforderung, hier liegt die große Aufgabe im Blick auf die Digitalisierung, aber wohl auch ihr größtes Potenzial. Der digitale Umbruch ermöglicht, er braucht aber auch Partizipation. „Arbeiten 4.0“ ist in hohem Maße auf motiviertes Engagement, herrschaftsfreie Kooperation und gleichberechtigte Teilhabe der Menschen angewiesen. Tief gegliederte hierarchische Kommandostrukturen der Personal-, Betriebs- und Unternehmensführung werden zunehmend dysfunktional. Noch aber hat sich dies kaum in den rechtlichen Grundlagen der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung niedergeschlagen, Sie entstammen durchweg vordigitalen Zeiten und bedürfen eines gründlichen Updates im Sinne der Leitbilder von Wirtschaftsdemokratie und Guter Arbeit.

Wir werden zu den Problemen und Perspektiven der Mitbestimmung heute und morgen eine Menge hören und diskutieren können. Wir haben dazu im

¹⁰ Martin Schulz. Freiheit, Gleichheit, Datenschutz. Warum wir eine Charta der digitalen Grundrechte brauchen. In: Die Zeit 48/2015 vom 27.11.2015

Vorfeld auch ein Diskussionspapier des ver.di-Bundesvorstands vorbereitet. Ich will dem jetzt nicht vorgreifen. Nur so viel: Die Digitalisierung erfordert und erleichtert eine neue Synthese von individueller Beteiligung und kollektiver Mitbestimmung. Dies kann und sollte zum Ausgangspunkt einer neuen Offensive zur Demokratisierung der Wirtschaft werden. Es ist an der Zeit, die Teilhaberechte der Erwerbstätigen und ihrer Interessenvertretungen zu erweitern und sie auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten auszudehnen – bis hin zu Entscheidungen, die sich auf das „Was“, „Wie“ und „Wo“ der Produktion von Gütern und der Erbringung von Dienstleistungen beziehen.

Wir wollen den Menschen größere Einflussmöglichkeiten auf alle ihre Lebensbereiche verschaffen – vor allem in der Arbeitswelt, aber auch als Bürgerinnen und Bürger, als Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist unser zentrales Anliegen für eine „Arbeit und Gesellschaft 4.0“. In diesem Sinne wollen wir die Digitalisierung mitbestimmen und mitgestalten. Und darüber wollen wir auf der Konferenz heute und morgen sprechen. Wir werden uns dabei nicht nur Mitbestimmungsfragen im engeren Sinne zuwenden, sondern auch ihren gesellschaftlichen, rechtlichen und, ja, auch den technischen Rahmenbedingungen – denn um mitbestimmen und mitgestalten zu können, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Technik und die Verhältnisse, unter denen sie zum Einsatz kommt, mitbestimmbar und mitgestaltbar bleiben. Dabei gilt es der Vorstellung, dass Technik aus sich heraus gesellschaftliche Entwicklungen vorherbestimme, ebenso kritisch zu begegnen wie der Vorstellung, dass sie dann auch noch automatisch zu neuen Freiheiten oder Vorteilen für alle führe.

Wir wollen uns das Neue genauer anschauen, damit hinter der Wahrnehmung von Risiken mögliche Chancen nicht übersehen werden. Und dazu werden wir heute und morgen ausführlich Gelegenheit haben.

Ich freue mich darauf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!